Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatl. M. 3.25, vierteljährl. M. 9.75; bei Abholer monatl. M. 3.00; durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatl. M. 3.50, vierteljährl. M. 10.50; durch die Post innerhalb Deutschland Gesamt-Ausgabe monatl. M. 3.00, vierteljährlich M. 9.00; Morgen-Ausgabe M. 2.00, Abend-Ausgabe M. 1.50, Sonntags-Ausgabe M. 0.60 monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr). Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 15 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf., Sonntags-Ausgabe 20 Pf.

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

113. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile 30 Pf., a. extra. 45 Pf. Anzeigen a. Behörden im amtl. Teil die Nonpareillezeile 100 Pf., a. extra. 120 Pf.; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile 40 Pf., auswärts 45 Pf. Teuerungszuschlag: 40%; Papierpreiszuschlag: Ueber 200 Zeilen Umfang 30%, über 300 Zeilen: 50%. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preis erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend ausschl. Postgebühr. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7508. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr 304 — Mittwoch, den 2. Juli — 1919

Regierungsmaßnahmen gegen die streikenden Eisenbahner

Ausschreitungen bei der Abreise der deutschen Waffenstillstandskommission

Spa, 1. Juli. (Drahtbericht.) Obwohl den englischen und belgischen Behörden bekannt war, daß der Abtransport des Hauptteils der Waffenstillstandskommission heute abend 8 Uhr erfolgen werde, haben sie starke deutschfeindliche Kundgebungen und Ausschreitungen vor dem Hotel und in den Straßen vor dem Bahnhof nicht verhindert. Johlen, Pfeifen, Schreien und feindliche Rufe erfolgten. Es wurden auch einzelne Steine gegen die abfahrenden Automobile geworfen. Obwohl einige kleinere Steine die Insassen trafen, gab es glücklicherweise keine Verletzungen. Die Haltung der englischen und belgischen Polizei und der Soldaten war tadellos. Am Bahnhof fand sich der englische General Green persönlich ein. Das wenig zahlreiche Aufgebot war gegen die Menge machtlos, die anscheinend von auswärtigen Elementen noch weiter aufgehetzt wurde. Ein von der belgischen Zivilbehörde trotz Ersuchens der belgischen Gendarmerie nicht verbotener Umzug mit Musik trug auch zur Aufreizung der Einwohnerschaft bei. Nach den Vorkommnissen in Versailles hätten die englischen und belgischen Militärbehörden weit umfassendere Vorkehrungen treffen müssen.

Verhandlungen über die Auslieferung Wilhelms II.

Haag, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Holl. Meuws Bureau meldet: Im englischen Unterhause teilte Heresford mit, daß die Unterhandlungen mit der holländischen Regierung über die Auslieferung des früheren Deutschen Kaisers eröffnet worden sind.

Rotterdam, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Paris: Lloyd George erklärte einem englischen Pressevertreter, daß England unter allen Umständen auf Auslieferung des ehemaligen Kaisers und des Kronprinzen und der deutschen Generale auf Grund des Friedensvertrages bestehen werde.

Die Annahme des Friedensvertrags durch die Nationalversammlung

Berlin, 1. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Entente hat sich bekanntlich bereit erklärt, die Blockade sofort nach der Ratifizierung des Friedensvertrages seitens des Nationalverbandes aufzuheben, ohne auf die Ratifizierung des Vertrages durch die anderen Mächte zu warten. Die Reichsregierung beschäftigte sich deshalb, wie eine Korrespondenz mitteilt, mit dem Gedanken, den Friedensvertrag so bald wie möglich durch die Nationalversammlung annehmen zu lassen, damit die Ratifizierung des Vertrages seitens der deutschen Regierung bald erfolgen kann. Nach dem preußischen Recht muß vorher, da es sich um Abtretungen preußischer Gebiete handelt, auch die Zustimmung der preußischen Landesversammlung eingeholt werden. Die Annahme des Vertrages durch die beiden Parlamente soll noch vor der parlamentarischen Sommerpause erfolgen.

*

Rotterdam, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) **Die „Times" melden aus Paris: Die Alliiertenkonferenz hat beschlossen, mit der Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen vierzehn Tage nach der Bestätigung des Friedensvertrages durch die deutsche Nationalversammlung zu beginnen.**

Die Verteilung der billigen Lebensmittel

Berlin, 1. Juli. (Drahtbericht.) Der „Voss. Ztg." wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß mit der Ausgabe der verbilligten Lebensmittel bereits am 7. d. M. begonnen wird.

Entscheidungskampf?

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die Gesamtheit der Streiks, deren Ziel unverkennbar politisch, und zwar das Bestreben ist, durch Erschütterung und Zerstörung jeder Wirtschaft, jeder öffentlichen Ordnung die bestehende Regierung zum Niederbruch zu führen, wird von den leitenden Stellen des Reiches wie Preußens als ein Angriff eingeschätzt, dessen Planmäßigkeit nicht minder als seine Wucht zu einer Entscheidung reift. Der politische Sinn des Kampfes wird von niemand verkannt, ja nicht einmal von den Urhebern mehr geleugnet. Und so geschickt die zahlreichen gestrigen Versammlungen der Unabhängigen in Szene gesetzt waren zu dem Zwecke, nach außen hin den Eindruck vollkommener Harmlosigkeit zu erwirken, so ist doch das Wort „Räteherrschaft" und das Losungswort der kommenden „herrlichen Zeit" als die Parole für die in Aussicht stehenden Kämpfe an mehr als einer Stelle aufgeflammt. Gehört und verstanden wurde es auch da, wo es niemand besonders aussprach; die Kreise, die sich da öfter zusammenfanden, verstehen sich bei gemeinsamer Arbeit in kleinem Kreise ohne viel Worte. Die Regierung schätzt den drohenden Angriff in seiner ganzen Schwere richtig ein und erklärt, gerüstet und guten Mutes in den Kampf zu ziehen. Man hört allerdings seit Beginn des Eisenbahnerstreiks täglich mindestens einmal, daß die Regierung gewappnet und entschlossen sei, und daß sie alle ihr in reichem Maße zur Verfügung stehenden Machtmittel rücksichtslos anwenden werde. Bei diesen geharnischten Worten aber bleibt es vorläufig. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob der Noske-Erlaß nicht eine sehr zweischneidige Waffe gegen die Streikenden war. Nachdem er aber einmal heraus war, durfte er nicht in geradezu ängstlicher Weise wieder zurückgezogen werden. Das hat nach beiden Seiten einen schlimmen Eindruck gemacht. Die Streikenden wissen, daß sie sich selbst vor wehrministeriellen Gewaltworten nicht zu fürchten brauchen. Und die Kräfte, die berufen und gewillt sein sollen, den Machtworten der Regierung Nachdruck zu verleihen, verlieren ihr Vertrauen in ihre Lenker, wenn sie ihre Unentschlossenheit sehen. Tätigkeit sieht man bis zur Stunde nur auf der Seite der Streikschürer. Dort ist sie freilich um so reger. Die „Freiheit" schreibt heute abend: „Wie wir hören, besteht die Absicht, die Streikenden durch Zwangsmaßnahmen zur Arbeit zu zwingen. Es soll ein Dekret ausgearbeitet werden, wonach sich die Arbeiter durch Unterschrift verpflichten sollen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Wer nicht unterschreibt, soll als entlassen gelten. Sollte dieses Dekret tatsächlich erscheinen, so steht zu befürchten, daß der Streik noch weiter an Ausdehnung gewinnt, da anzunehmen ist, daß dann der jetzt noch beiseite stehende Zentralvorstand des Eisenbahnerverbandes Gegenmaßnahmen ergreifen würde."

Das sind zwar im Augenblick auch nur Worte, aber Worte, die ihren Widerhall finden und ihre Wirkung haben. Das möchte man von den Worten der Regierung auch gern glauben können, sonst kann man bang werden vor dem großen Wort „Entscheidungskampf".

*

Der Gewerkschaftskongreß gegen den Berliner Eisenbahnerstreik

Nürnberg, 1. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Am zweiten Verhandlungstag des Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands wurde die Diskussion fortgesetzt, die sich u. a. auch auf den Streikerlaß Noskes erstreckte. Ein Antrag Schulz-Brandenburg will den streikenden Eisenbahnern die Sympathie des Kongresses aussprechen und fordert Aufhebung des Erlasses sowie des Belagerungszustandes. Freyh-Frankfurt begründet den bereits gemeldeten Vorstandsantrag und weist darauf hin, daß dem Streikrecht die Pflicht des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens entsprechen müsse, was unausgesetzte Arbeit verlange. Der Streik sei nur auf politische Beweggründe aufgebaut und führe zum Untergang der Arbeiterklasse. Von der Opposition wurde lebhaft widersprochen. Redakteur Lange hob hervor, daß die Front von der Heimat aus zermürbt sei, und rechnete seinen Gesinnungsgenossen diese Abschüttelung des militärischen Joches als Verdienst an. Als er die von der unabhängigen und kommunistischen Mehrheit entlassenen Beamten als Polizeispitzel bezeichnete, gab es stürmische Szenen.

In der Nachmittagssitzung kam Brunner nochmals auf den Eisenbahnerstreik zu sprechen und lehnte ihn ab, da er auf politischen Motiven aufgebaut sei. Nach längerer stürmischer Debatte wurde ein Antrag auf Schluß angenommen. Das Schlußwort erhielten Dießmann-Frankfurt und Legien-Berlin, wobei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten der beiden Richtungen besonders auch hinsichtlich des Friedensvertrages nochmals in lärmenden Zurufen zum Ausdruck kamen. Auf die Behauptung Dießmanns, der Friede von Versailles sei nur die Antwort auf den Frieden von Brest-Litowsk, stellte Legien mit besonderem Nachdruck fest, daß Deutschland im Brester Frieden nicht einen Fuß breit fremden Bodens sich angeeignet, keinen Volksteil von seiner Nationalität abgetrennt und Rußland nicht Bedingungen auferlegt habe, die ihm jeden wirtschaftlichen Aufstieg unmöglich machten. Als Zweck des Friedens von Versailles bezeichnete er die völlige Ertötung des deutschen Wirtschaftslebens und damit die Vernichtung der deutschen Arbeiterschaft. In sehr wirksamer Weise verglich er die drakonischen englischen Kriegsgesetze mit dem harmlosen deutschen Hilfsdienst und forderte die Opponenten auf, sich bei den Genossen aus den besetzten Gebieten zu erkundigen, was dort aus den Errungenschaften der Revolution geworden sei. Wiederholt nahm er für die Sozialdemokratie das Verdienst an der Revolution in Anspruch und drückte die Ueberzeugung aus, daß die revolutionäre Welle vor den Ententeländern nicht haltmachen werde. Legien schloß mit der Bitte um Annahme einer Entschließung, welche der Generalkommission das Vertrauen ausspricht. Die Abstimmung wurde auf morgen vertagt.

Die Schweiz wartet auf Oeffnung der Grenzen

Zürich, 1. Juli. (Eigene Drahtbericht.) Dem „Züricher Anzeiger" zufolge liegen in der Schweiz für mehr als 150 Millionen Franken **Lebensmittel und Rohstoffe zur Ausfuhr nach Deutschland bereit. Man erwartet die Aufhebung der Blockade und die Freigabe der Einfuhr nach Deutschland.**

Deutsche Nationalversammlung

Stimmungsbild

(Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.)

Weimar, 1. Juli.

Heute nachmittag um ¾4 Uhr ist das Plenum der Nationalversammlung wieder zusammengetreten, um zunächst einige kleine Anfragen zu erledigen. Die Fraktionen hatten bereits gestern abend Sitzungen abgehalten, um über das Siedlungsgesetz und die Anträge zur Verfassung zu beraten. Die Fraktionen haben eine große Anzahl Abänderungsanträge eingebracht. In einigen Fällen ist aber ein Einvernehmen zwischen den einzelnen Fraktionen erzielt, so daß in manchen Punkten geschlossene Gruppen vorgehen. Die Abgeordneten sind ziemlich zahlreich erschienen, und Weimar, über dem heute zum ersten Male seit Tagen ein blauer Himmel, wenn auch nicht wolkenlos, lacht, bietet wieder einmal das altgewohnte parlamentarische Bild. Die Züge von Berlin waren heute besonders überflutet, und mancher erzählt mit gemischten Gefühlen, daß er den Weg von seiner Wohnung zum Bahnhof habe zu Fuß zurücklegen müssen. Man ist im allgemeinen recht froh, wieder in Weimar zu sein, zumal die beständige Streikgefahr in Berlin die parlamentarische Arbeit erheblich beschwert haben würde. — Begreiflicherweise hat man sich gleich nach dem Zusammentritt mit dem Programm der Session beschäftigt, denn schließlich muß man auch über den Sommer Dispositionen treffen können. Der Aeltestenausschuß trat heute mittag zusammen und besprach die Geschäftslage. Er einigte sich dahin, daß morgen, Mittwoch, mit der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage begonnen werde, die eigentlich von den Abgeordneten schon für heute erwartet wurde und den auffallend starken Besuch der Versammlung verursachte. Bei den Besprechungen über den Arbeitsplan machte sich das Bestreben geltend, die Beratung nach Möglichkeit abzukürzen, denn der Stoff, der vorliegt, ist ungeheuer umfangreich, und man will unbedingt im August eine vierwöchentliche Pause eintreten lassen. In dieser Woche noch soll die zweite Lesung der Verfassungsvorlage erledigt werden. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses wird eine Uebersicht über die Aenderungen und Beschlüsse des Ausschusses geben. Die Berichterstatter über die einzelnen Abschnitte sollen 25 Minuten, die Redner allgemein nur 15 Minuten Redezeit erhalten. In der nächsten Woche sollen dann die zehn Steuervorlagen in Angriff genommen werden. Man hofft, die Lesung dieser Steuervorlagen in drei Tagen erledigen zu können und sie hierauf den Kommissionen sogleich zu überweisen, und rechnet dann etwa am 11. oder 12. Juli die Verfassungsvorlage in dritter Lesung vorzunehmen. Dabei wird eine große Aussprache zugelassen werden, die mindestens zehn Tage dauern wird. Von den Steuervorlagen sollen die Kriegsgewinnsteuer, darunter auch die als Drucksache nicht einmal vorliegende Mehreinkommensteuer, noch im Juli in allen drei Lesungen verabschiedet werden, um sofort in Wirksamkeit treten zu können. Anfang August sollen nach dem bisherigen Plane die Tagungen in Weimar zu Ende gehen und die Nationalversammlung nach Berlin verlegt werden, d. h. die Steuerausschüsse werden nach der Ferienpause Ende August in Berlin zusammentreten, wo im Reichstagsgebäude bereits die Räumlichkeiten wieder in Ordnung gebracht sind. Das Plenum wird im Reichstagsgebäude in Berlin von Oktober bis Dezember tagen. Die Neuwahlen zum Reichstag dürften voraussichtlich erst im Januar stattfinden.

So wenigstens hat sich der Aeltestenausschuß über die Geschäftslage ausgesprochen. Es ist dabei die äußere Politik vollständig unberücksichtigt geblieben, und die Wirkung, die sie auf den Gang der Gesetzesmaschine im Innern ausüben muß. Kein Wort von der Ratifizierung des Friedens, die natürlich auch vorgenommen werden muß, und von all den zahllosen Ausführungsgesetzen zum Friedensvertrag, die die Durchführung der Friedensbedingungen fordern wird. Wir glauben deshalb kaum, daß das heute vom Aeltestenrat so schön aufgestellte Programm eingehalten werden kann.

(Sitzungsbericht siehe Seite 2)

Zwangsmaßnahmen der Regierung gegen die ausständigen Eisenbahner

Berlin, 1. Juli. (Drahtbericht.) Der Minister für öffentliche Arbeiten erläßt folgende Bekanntmachung:

„Dem Wunsche der Eisenbahner folgend, stellt die Regierung wertvolle Auslandslebensmittel zu bedeutend herabgesetzten Preisen zur Verfügung, die einen Aufwand von 1½ Milliarden erfordern und dem gesamten Volke zugute kommen. Damit hat sie das Aeußerste getan, was nach Lage der Staatsfinanzen möglich ist. Sie wird aber auch weiterhin ihrem Personal zu helfen bemüht bleiben, soweit die allgemeine Not des Volkes dies noch irgendwie erlaubt.

Die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung erfolgt in voller Uebereinstimmung mit dem gesetzgeberischen Vorgehen im Reiche und den Anschauungen der Landesversammlung; durch die Einführung der Betriebsräte auf Grund des Reichsgesetzes wird dem Personal ein weitgehendes Mitwirkungsrecht eingeräumt.

Sämtliche Eisenbahnorganisationen haben ausdrücklich erklärt, daß sie den gegenwärtigen Streik nicht billigen, auch sonst haben weite Kreise des Personals wiederholt betont, daß die Arbeit wieder aufgenommen werde, sobald der Streikerlaß des Reichswehrministeriums, durch den sie sich in ihrer Arbeitsfreiheit beeinträchtigt fühlten, aufgehoben ist. Im Vertrauen auf diese Zusicherung ist der Erlaß aufgehoben worden, trotzdem wird der Streik fortgesetzt.

Abgesehen davon, daß die Arbeiter große Lohnausfälle erleiden, daß die streikenden Beamten kraft Gesetzes ihres Diensteinkommens für die Tage der Arbeitseinstellung verlustig gehen, sind die Folgen für die Allgemeinheit unabsehbar. Alle Zufuhr nach Berlin kommt ins Stocken, gegen 9000 Wagen allein für Berlin sind auf weiten Strecken unterwegs zum Stillagern gekommen. So müssen wertvolle Lebensmittel zugrunde gehen, Vieh muß unterwegs verhungern, Fleischladungen verderben. Der Streik würde aber auch verhindern, daß die Senkung der Lebensmittelpreise und die Verteilung der verbilligten Rationen völlig und rechtzeitig durchgeführt werden könnte. Hierdurch wird nicht nur die Ernährung der Millionengroßstadt Berlin, sondern auch der gesamte Volkskörper aufs schwerste bedroht.

Angesichts der furchtbaren Lage, in der sich der Staat infolge des unglücklichen Ausganges des Krieges befindet, muß jetzt das wirtschaftliche Leben unbedingt und mit allen Mitteln wieder in Gang gebracht werden, um das Land vor dem Zusammenbruch und die Bevölkerung vor weiterem Hunger zu bewahren.

Schweren Herzens, aber im Bewußtsein der ernsten mir vor dem Volke obliegenden Verantwortung sehe ich mich daher genötigt, nunmehr die Aufnahme des Betriebes mit äußersten Mitteln durchzusetzen. Die Beamtenschaft ist sich zum allergrößten Teil ihrer Pflicht gegenüber dem Volksganzen bewußt und bestrebt, gemeinsam mit zahlreichen gleichgesinnten Arbeitern den Verkehr vor dem Erliegen zu bewahren. Alle diese Kreise der Beamten und Arbeiter werden es mit mir nicht nur als notwendig, sondern es geradezu als eine Erleichterung des auf ihnen lastenden seelischen Druckes empfinden, wenn ich nunmehr folgendes bestimme:

„Arbeiter, die nicht bis spätestens am Dienstag, den 3. Juli, ihren Dienst wieder aufnehmen, sind entlassen, ebenso erhalten Beamte, die nicht bis zu dem gleichen Tage den Dienst wieder aufnehmen, ihre Entlassung nach den disziplinarischen Bestimmungen. Für die Sicherung der Arbeitsfreiheit ist Sorge getragen."

Oeser."

*

Berlin, 1. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Von zuständiger Stelle wird der „Voss. Ztg." noch mitgeteilt, in Berlin werde man versuchen, den Verkehr trotz des Streiks der Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen so weit als möglich aufrechtzuerhalten. Der Droschken- und Autoverkehr wird militärisch geschützt, außerdem werden die militärischen Kraftwagen zur Personenbeförderung herangezogen werden. Ob sich der Omnibusverkehr aufrechterhalten lassen wird, ist noch nicht ganz klar. Auch bei der Eisenbahn ist eine regelmäßige Wiederaufnahme des Verkehrs noch nicht erfolgt. Wie schwer der Eisenbahnerstreik auf das Wirtschaftsleben wirkt, geht daraus hervor, daß das städtische Elektrizitätswerk nur noch Kohlen für 3 bis 4 Tage hat. Die Zufuhr von Kohle hat bis jetzt auch deshalb versagt, weil die Abfahrt von Kohlenzügen verhindert worden ist. Das Elektrizitätswerk Neukölln hat nur noch Kohlen für 1½ Tage. Auch das dortige Gaswerk, das vielleicht aushelfen könnte, verfügt nur noch über geringe Vorräte. In dem Berliner Elektrizitätswerk sind noch für 7 Tage Kohlen vorhanden.